

Sustainable Development – welche Ergebnisse brachte der Gipfel von Johannesburg?

5

Vom 26. August bis 4. September 2002 fand in Johannesburg der »Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung« statt. Welche konkreten Ergebnisse wurden auf dem »Johannesburg-Gipfel« erreicht?

Wichtiger Impuls für nachhaltige Entwicklung

Zehn Jahre nach dem Weltgipfel in Rio de Janeiro hat die internationale Gemeinschaft in Johannesburg erstmals umfassend Bilanz gezogen sowie neue Ziele und Umsetzungsschritte für globale Armutsbekämpfung und Umweltschutz vereinbart. Entgegen den Befürchtungen vieler konnten zum Abschluss des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung am 4. September 2002 ein 65-seitiger **Aktionsplan** (»Plan of Implementation«) sowie eine politische »Johannesburg-Erklärung über Nachhaltige Entwicklung« verabschiedet werden. In der Erklärung bekräftigen die Staats- und Regierungschefs die weltweite Bedeutung nachhaltiger Entwicklung und von Armutsbekämpfung, Klima- und Ressourcenschutz.

Der **Aktionsplan** enthält wichtige Zeitziele und fordert in mehreren Bereichen dazu auf, Umsetzungsprogramme auszuarbeiten.

- Bis zum Jahr 2015 soll weltweit der Anteil der Menschen halbiert werden, die keinen Zugang zu sauberem Wasser und einer sanitären Grundversorgung haben. Damit wird einer Forderung Deutschlands entsprochen, auf die die Bundesregierung insbesondere über die EU gedrängt hatte. Für Aktionsprogramme in diesem Bereich stellt die EU 1,4 Mrd. € jährlich zur Verfügung. Deutschland beteiligt sich daran mit ca. 350 Mill. € jährlich.
- Der Anteil erneuerbarer Energien am globalen Primärenergieverbrauch soll in allen Regionen kräftig ansteigen. Zwar setzte sich die EU mit ihrer Forderung nicht durch, den Anteil erneuerbarer Energien verbindlich bis zum Jahre 2010 weltweit auf 15% zu steigern. Doch ist es der EU gelungen, eine Erklärung gleichgesinnter Staaten zu initiieren, deren Unterzeichner sich dazu bekennen, auf globaler, regiona-

ler und nationaler Ebene klare Zeitpläne zur Erhöhung des Einsatzes erneuerbarer Energien aufzustellen. Schon jetzt haben sich 80 Staaten dieser globalen Koalition für erneuerbare Energien angeschlossen. Dies zeigt: Die Verweigerung anspruchsvoller klimapolitischer Zielsetzungen, vor allem die USA und die OPEC-Staaten, konnten die Klimapolitik nicht aufhalten und sehen sich international zunehmend isoliert. Die Schneise zu anspruchsvolleren Zielsetzungen ist geschlagen.

- Die Bedeutung des Kyoto-Protokolls und seiner Ratifizierung wurde in Johannesburg bekräftigt. Insbesondere durch den »clean development mechanism«, über den Klimaschutzinvestitionen in Entwicklungsländern auf Verpflichtungen angerechnet werden können, werden greifbare Marktvorteile für umweltfreundliches Verhalten entstehen. Damit werden diejenigen Staaten zu rechnen haben, die dem Kyoto-Protokoll noch nicht beigetreten sind. So wird sich auch die US-amerikanische Regierung einem zunehmenden Druck ihrer Wirtschaft ausgesetzt sehen beizutreten.
- Umweltschädliche Subventionen sollen abgebaut werden, wenn dazu auch zunächst keine Zeitvorgaben gemacht wurden. Es wurde beschlossen, dass multilaterale Umweltabkommen nicht den Regeln der Welthandelsorganisation untergeordnet werden. Die Bundesregierung konnte leider nicht erreichen, den Abbau von Agrarsubventionen in den Aktionsplan aufzunehmen, wird sich aber vor allem im EU-Rahmen weiterhin dafür einsetzen.
- Auf deutsche Initiative hin konnte verhindert werden, dass im Bereich Gesundheit die Menschenrechte relativiert werden. Niemand kann sich auf angebliche kulturelle oder religiöse Traditionen berufen, wenn diese gegen die Menschenrechte verstoßen.



Heidemarie Wieczorek-Zeul*

* Heidemarie Wieczorek-Zeul ist Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

- Bis zum Jahr 2010 soll das Artensterben deutlich gesenkt werden – ein wichtiges Signal zur Erhaltung der biologischen Vielfalt.
- Die Fischbestände der Meere dürfen nicht übernutzt werden. Ziel ist, dass sich bis 2015 die geschädigten Bestände erholen.
- Vorteile aus der Nutzung genetischer Ressourcen sollen künftig fairer verteilt werden. Zu diesem Zweck sollen Verhandlungen zu einem internationalen Regime im Rahmen der Biodiversitätskonvention aufgenommen werden. Das BMZ hatte sich für diese Forderung der Entwicklungsländer stark gemacht, da sie den Grundaussagen des Armuts-Aktionsprogramms 2015 entspricht.
- Bei der Produktion und dem Gebrauch von Chemikalien sollen die negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur bis zum Jahr 2020 minimiert werden.

Die Bundesregierung hatte bereits in Vorbereitung auf den Gipfel am 17. April 2002 eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. In Johannesburg war Deutschland in gemeinsamer Federführung von Entwicklungs- und Umweltministerium ein Motor für nachhaltige Entwicklung und globale Armutsbekämpfung und hat sich konsequent für ehrgeizige Zielsetzungen insbesondere in den Bereichen Energie und Wasser eingesetzt. Deutschland wird auch weiterhin national wie international Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung sein. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in Johannesburg drei neue Initiativen der Bundesregierung angekündigt:

1. Deutschland lädt zu einer internationalen Konferenz über erneuerbare Energien ein. Ziel ist, nachhaltige Energiesysteme zu fördern und in den Dienst der Armutsbekämpfung zu stellen. Die Bundesregierung will damit im Energiebereich an das anknüpfen, was Ende letzten Jahres mit der Bonner Wasserkonferenz erreicht wurde.
2. Die Bundesregierung wird sich an dem in Johannesburg beschlossenen weltweiten Netzwerk der Energieagenturen beteiligen.
3. Deutschland wird die im Energiebereich schon erfolgreiche Zusammenarbeit insbesondere mit den Entwicklungsländern zu einer wirklich strategischen Partnerschaft ausbauen. Die Bundesregierung unterstützt mit einem Programm »Nachhaltige Energie für Entwicklung« die Entwicklungsländer beim Einsatz erneuerbarer Energien. Dafür werden in den nächsten fünf Jahren insgesamt 1 Mrd. € bereitgestellt: 500 Mill. € für erneuerbare Energien und 500 Mill. € für Energiesparmaßnahmen in den Entwicklungsländern.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde der Weltgipfel – auch unter dem Eindruck der weltweiten Zunahme extremer Wetterereignisse und des durch den Menschen mit verursachten Klimawandels – mit großem Interesse verfolgt. Die vielen deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer wie auch die Präsentationen und Veranstaltungen am deutschen Stand in Johannesburg haben deutlich gemacht: Bewusstsein, Engagement

und Wissen um und für nachhaltige Entwicklung sind stark gewachsen und dies auf allen Seiten. Bund, Länder und Kommunen, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft haben den Weltgipfel aktiv mitgestaltet.

Der Erfolg von Johannesburg lässt sich nicht nur an den von Regierungen vereinbarten Beschlüssen und den darin enthaltenen Verpflichtungen bemessen. Die politische Wirkung hängt ganz entscheidend von Akteuren auch außerhalb der offiziellen Verhandlungsgruppen ab. Eine große Zahl neuer Initiativen, Netzwerke und Allianzen wurde in Johannesburg begründet, von deren Durchsetzungskraft oft mehr erwartet werden kann, als von Delegierten mancher Länder, deren Regierungen sich nur auf Minimalkonsens einlassen wollen. Hier einige Beispiele für solche Initiativen:

- Tausende von Menschen aus allen Kontinenten trafen sich zum Erfahrungsaustausch beim Gipfel der Nichtstaatlichen Organisationen, zu dessen Finanzierung und Organisation die Bundesregierung entscheidende Beiträge leistete.
- Beim Weltbürgermeistertreffen wurde verabredet, nachhaltige Entwicklung über Lokale Agenda 21-Gruppen von der Basis her wirksamer voranzubringen und sich durch Partnerschaften gegenseitig zu unterstützen.
- Der Wirtschaftsrat für Nachhaltige Entwicklung, in dem namhafte Unternehmen vertreten sind, tat sich mit Greenpeace zusammen, um auf die bessere Beachtung sozialer und ökologischer Prinzipien bei der Unternehmensführung hinzuwirken.
- Abgeordnete aus lokalen und nationalen Parlamenten gründeten eine »Parliamentarians' Implementation Watch«, um mit Unterstützung von Weltbank und UNDP auf die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu drängen.
- Und schließlich registrierte das UN-Sekretariat bis zum Ende des Gipfels 300 Partnerschaften zwischen Regierungen, Privatwirtschaft und Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich die Umsetzung der Vereinbarungen des Aktionsplans zum Ziel gesetzt und sich zu einer Überprüfung ihrer Arbeit bereit erklärt haben.

Der Weltgipfel hat also wichtige Impulse für nachhaltige Entwicklung in der ganzen Breite des Begriffs gegeben. Allerdings hat dieser Gipfel mit seinen vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und seiner umfassenden Themenpalette auch die Grenzen solcher Mega-Veranstaltungen deutlich gemacht. Deshalb sollten wir über ein neues Format für UN-Konferenzen nachdenken, das mehr Konkretion und Handlungsorientierung erlaubt. Denkbar wäre zum Beispiel, den Follow-up-Prozess und Folgekonferenzen auf die einzelnen Ziele der Millenniumserklärung auszurichten.



Jochen Flasbarth*

Weltgemeinschaft hat globale Herausforderung für Umwelt und Entwicklung noch nicht angenommen – »Gipfel der Schadensbegrenzung«

Begeisterung am Abend bei Delegierten und Beobachtern nach einem langen Verhandlungstag: Es war gelungen, Versuche der USA abzuschmettern, das in Rio vor zehn Jahren verabschiedete Umweltvorsorge-Prinzip in Frage zu stellen. Irgendwie hält die Weltgemeinschaft doch zusammen, wenn es darauf ankommt. Wenn man am nächsten Morgen bei einer Tasse Kaffee mit etwas Abstand über die Freude des Vorabends nachdachte, kam einem dies nicht selten grotesk vor. Ist es wirklich ein Grund zum Jubeln, wenn Rückschritte verhindert werden, wenn es gelingt, Selbstverständlichkeiten der Vergangenheit in die Zukunft zu retten? Dies soll keine Überheblichkeit gegenüber denjenigen sein, die hart verhandelt haben und am Ende zu Recht froh und stolz waren, eine negative Entwicklung verhindert zu haben. Wie ein roter Faden zog sich das Abwehren von Verschlechterungen und die Freude über kleine Fortschritte durch die Konferenz. Das grundlegendste Problem stellte aus Sicht der NGOs das Verhältnis WTO und multilaterale Umweltabkommen dar. Fassungsgelos musste man feststellen, dass der Versuch unternommen wurde, der WTO ausgerechnet auf dem Nachhaltigkeitsgipfel eine Vorrangstellung einzuräumen. Erleichterung, als diese verhindert wurde. Ernüchterung, wenn man sich bewusst macht, dass das nur deshalb gelingen konnte, weil nun am Ende gar nichts zum Verhältnis von WTO und Umweltabkommen gesagt wird und es de facto also bei der bisherigen Dominanz des Handelsabkommens bleibt. Was aber um alles in der Welt ist eigentlich der Maßstab für verantwortungsbewusstes Handeln der Staatengemeinschaft? Die Denkweise der Rück-

schriftlichsten, die Logik eines aus dem Konsensprinzips rührenden Minimaldenkens? Es ist wahr: Ohne das engagierte und harte Ringen der Verhandler einiger Delegierten, gewiss auch der deutschen, ohne das kenntnisreiche und kraftvolle Auftreten einiger NGO-Vertreter, in Deutschland vor allem aus dem bewährten und eingespielten Netzwerk des Forums Umwelt und Entwicklung, hätte Johannesburg ein echtes Rollback bringen können. Es ist aber auch wahr, dass Weltkonferenzen à la Johannesburg den Herausforderungen für unsere globale Welt nicht gerecht werden können.

Der NABU zieht vor diesem Hintergrund eine ernüchternde Bilanz zum Abschluss der Beratungen auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Statt einen energischen Schritt hin zu einer zukunftsfähigen Gestaltung der Welt zu gehen, haben sich die Verantwortlichen überwiegend damit befasst, Rückschritte zu verhindern. Es wurde weit weniger erreicht als notwendig – dennoch mehr, als im Vorfeld des Gipfels durch die Blockadehaltung der USA und der langwierigen Vorverhandlungen zu befürchten war. Immerhin konnten den Blockadestaaten einige wenige mehr oder weniger konkrete Ziele inklusive Zeitplan abgerungen werden. Damit wiederum hatten all jene, die den Vorbereitungsprozess für Johannesburg verfolgt hatten, kaum noch gerechnet: Abbau der Überfischung, Zugang zu sauberem Trinkwasser, Minimierung der Nutzung gefährlicher Chemikalien und besserer Artenschutz. Jedoch wurde die Zustimmung etwa der OPEC-Staaten und der USA für konkrete Vereinbarungen um den hohen Preis der inhaltlichen Abschwächung erkaufte.

Erneuerbare Energien – Dinosaurier blockieren

Desaströs ist das Scheitern einer klaren weltweiten Strategie für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu bewerten, wie es vor allem von der EU gefordert wurde. Es ist beim Weltgipfel wieder einmal deutlich geworden, dass gegen die Fundamentalopposition der USA und der OPEC-Staaten der dringend notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien nicht durchgesetzt werden kann. Dabei war das EU-Ziel einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien von 13,8 auf 15% bis zum Jahr 2015 sicherlich alles andere als ehrgeizig. Auch die Argumentation aus EU-Kreisen, dass diese 15% ja im Jahr 2015 von einem absolut gesehen deutlich höheren Primärenergieverbrauch ausgehen werden, ist da wenig überzeugend. Jedem sollte klar sein, dass damit natürlich auch die 85% aus nicht nachhaltiger Primärenergienutzung absolut gesehen sehr viel mehr ausmachen werden als heute.

Die Initiative von Bundeskanzler Gerhard Schröder, zu einer internationalen Konferenz für erneuerbare Energien einzuladen, war auch angesichts der an dieser Stelle festge-

* Jochen Flasbarth ist Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) e.V.

fahrenen Verhandlungssituation besonders wichtig. Die Zusage Deutschlands, in den nächsten Jahren eine halbe Milliarde Euro für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in den Entwicklungsländern zu stellen, ist zudem ein Zeichen hoher Glaubwürdigkeit in dieser Frage. Und schließlich hat dieser Vorstoß den Weg geebnet, am Ende der Konferenz eine multilaterale Initiative der EU und zahlreicher anderer Staaten auf den Weg zu bringen – eben außerhalb des Systems der UN-Konferenz den Ausbau der erneuerbaren Energieträger voran zu treiben. Eine gute und kluge Strategie, denn am Ende werden Staaten wie die USA sehen, dass sie auf diese Weise nicht nur bei wichtigen weltpolitischen Themen außen vor sind, sondern dass dies auch zu einem technologischen Defizit führen wird.

Klimaschutz – Fortschritte außerhalb der offiziellen Dokumente des Gipfels

Als Erfolg am Rande des Weltgipfels kann die Zusage Kanadas und Russlands bezeichnet werden, das Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen. Damit könnte der globale Klimaschutz verbindlich trotz des enormen Widerstands der USA in Kraft gesetzt werden. Bei aller Skepsis über die Funktion und die Bedeutung des Weltgipfels, wird man nicht abstreiten können, dass die Entscheidung dieser Länder zugunsten des Kyoto-Protokolls durch die hohe Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit sicherlich befügelt worden ist.

Biologische Vielfalt – Artensterben soll weitergehen, aber langsamer

Der Schutz der natürlichen Ressourcen und der biologischen Vielfalt war eines der fünf Schwerpunktthemen des UN-Gipfels. Johannesburg war angetreten, die Beschlüsse von Rio auch im Bereich der biologischen Vielfalt mit konkreten Zielen und Zeitrahmen umzusetzen. Das war dringend geboten, da das Artensterben unvermindert anhält. Seit Rio wurden beispielsweise 7% des Tropenwaldes abgeholzt. In absoluten Zahlen wurden in den neunziger Jahren sogar mehr Wald vernichtet als in den achtziger Jahren. In den letzten 20 Jahren sind ein Drittel der Mangrovenbestände der Welt vernichtet worden. Die Korallenriffe siechen dahin.

Vor diesem Hintergrund ist auch zum Schutz der biologischen Vielfalt weniger erreicht worden, als notwendig gewesen wäre, um das Artensterben wirklich wirksam aufzuhalten. Allerdings konnte den USA und anderen Blockadestaaten ein konkretes umweltpolitisches Ziel und ein Zeitrahmen für besseren Artenschutz abgerungen werden. Bis 2010 soll es eine gegenüber heute signifikant geringere Verlustrate an biologischer Vielfalt geben. Zudem wurde der faire und gleiche Anteil an der Nutzung der biologischen Ressourcen – mit Zustimmung der USA – in das Dokument

aufgenommen. Damit wird nun allgemein anerkannt, dass ein wirksamer Naturschutz nur gelingen kann, wenn gerade die Entwicklungsländer einen Vorteil davon haben, wenn aus »ihrem« Naturreichtum wirtschaftliche Vorteile – etwa für pharmazeutische Produkte – gewonnen werden. Mit diesen Fortschritten könnte tatsächlich eine Ratifizierung der Biodiversitätskonvention durch die USA in Zukunft als Folgeergebnis möglich sein.

Regierungsseitig lobend hervorgehoben wurde auch das Ziel, die Fischbestände bis 2015 auf einem nachhaltig nutzbaren Niveau zu erhalten oder wieder anzuheben – mit dem Zusatz – »wenn möglich«. Weicher kann man ein Ziel wohl kaum formulieren. Insofern sollte der Wert einer solchen Festlegung nicht überbewertet werden. Richtig ist aber, dass nun die Chance besteht, auf der Basis dieser Aussage konkrete Pläne und Programme zum Schutz der Fischbestände zu entwickeln.

Ein anderes Ziel wurde dagegen völlig gekippt, nämlich den Verlust der natürlichen Ressourcen bis 2015 zu stoppen, obwohl auch bereits in Den Haag bei der letzten Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention unter den 180 Teilnehmerstaaten Einigkeit herrschte. Für diesen Bereich blieb es in Johannesburg bei einer allgemeinen Absichtserklärung.

Die Konvention zur Biologischen Vielfalt ist mit dem Ergebnis von Johannesburg jedenfalls weiterhin – und vielleicht jetzt noch mehr – zum Schlüssel für Erfolge gegen Naturzerstörung und Artensterben geworden. Es gilt deshalb nun mit großer Kraft diese Konvention voran zu treiben. Die nächste Vertragsstaatenkonferenz in Kuala Lumpur wird – auch mit den dort anstehenden Themen wie etwa einem weltweiten Schutzgebietssystem – zu einer der zentralen Veranstaltungen der nächsten Jahre.

Agrarsubventionen – EU geht mit schlechtem Beispiel voran

Beim Thema Agrarsubventionen sind am Ende keine Fortschritte erzielt worden. Die von den Entwicklungsländern dringend und zu Recht erwartete Aussage der Industriestaaten, ihre wettbewerbsverzerrenden und auch umweltschädlichen Agrarsubventionen drastisch zu reduzieren, wurden enttäuscht. Erheblichen Anteil daran hat auch die EU, genauer der uneinheitliche Kurs, den die EU-Mitgliedstaaten in dieser Frage verfolgen. Frankreich hat sich hier mit seiner agrarprotektionistischen Haltung durchsetzen können und damit eine aktive Rolle der EU verhindert. Die Unfähigkeit der EU, in Sachen Agrarsubventionen eine positive Führungsrolle zu übernehmen, hat den inzwischen doch erheblichen politischen Wandel in der Europäischen Union deutlich zum Vorschein treten lassen. Zwar gab es

in vielen Einzelpunkten noch eine engagierte EU-Haltung, das große Zugpferd waren die Europäer in Johannesburg aber nicht mehr.

Ausblick

Schon während der Konferenz in Johannesburg hat die Diskussion darüber begonnen, wie der Prozess der nachhaltigen Entwicklung international weiter geführt werden soll. Für die großen umfassenden Weltgipfel spricht die Tatsache, dass die Themen Umwelt und Entwicklung nach jahrelangem Stillstand wieder einmal ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit gerückt wurden. Gleichwohl gehöre ich zu denen, die eher die Grenzen solcher umfassenden Erdgipfel sehen. Was benötigt wird, ist ein verändertes institutionelles Kräfteverhältnis zwischen dem mächtigen WTO-Regime, das durch die faktische ökonomische Globalisierung laufend gestärkt wird, und den multilateralen ökologischen aber auch sozialen Rahmensetzungen. Solange dies nicht gelingt, wird auch der nächste Weltgipfel nur eine Fußnote der Geschichte werden. Um weitreichende institutionelle Veränderungen auf internationaler Ebene zu erreichen, ist bald die Aufnahme intensiver kontinuierlicher Konsultationen im Rahmen der UN erforderlich. Dazu könnte der Vorschlag des Nationalen Nachhaltigkeitsrates, eine Weltkommission für die nachhaltige Gestaltung der Globalisierung einzurichten – nach dem Vorbild der Nord-Süd-Kommission und der Brundland-Kommission – einen wichtigen Beitrag leisten.



Ernst Ulrich von Weizsäcker*, MdB

Johannesburg: Heraus aus der Talsohle

Zehn Jahre war das Thema Umwelt im Sinkflug gewesen, obwohl sich gleichzeitig der Zustand der Umwelt laufend verschlechtert hat. Aber das Volk hatte einfach anderes im Kopf. Nicht nur das deutsche. Weltweit wuchs seit dem Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 die Umweltmüdigkeit.

Hieran gemessen war Johannesburg ein Erfolg. Bis auf G.W. Bush waren alle G 7-Regierungschefs da. Bundeskanzler Schröder wurde mit viel Beifall bedacht, als er sich für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien und gegen den Agrarprotektionismus einsetzte.

In Johannesburg wurde konkret verhandelt. Die bedrohlich dezimierten Fischbestände sollen sich bis 2015 erholen. Sauberes Trinkwasser soll bis 2010 bei der Hälfte derer ankommen, die jetzt noch keins haben. Ebenfalls bis 2010 soll der verheerende Trend der raschen Artenausrottung aufhören. Die Kontrolle gefährlicher Chemikalien will man weltweit bis 2015 im Griff haben. Blockiert wurde – von den USA und Saudi-Arabien – die Absicht, den Anteil der Erneuerbaren Energien zu verdoppeln.

Das war die offizielle Seite des Weltgipfels, die so genannten Typ 1-Vereinbarungen. Daneben gab es eine große Zahl von freiwilligen »Typ 2«-Vereinbarungen, insgesamt angeblich 1,5 Mrd. € schwer. Firmen, darunter viele US-amerikanische, stiegen ein, um zu zeigen, dass es auch ohne viel Saat voran geht. Aber hätte die UNO den Gipfel nicht gemacht, hätten die Firmen auch keinen Anlass zu dieser Demonstration gehabt. Als freiwillige Vereinbarung von über 100 Ländern ging dann auch das Projekt Ver-

* Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Universitätspräsident i.R., ist Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Vorsitzender der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten.

doppelung der Erneuerbaren Energien in die Konferenzgeschichte ein.

Eines der ehrgeizigsten und im Ausgang offensten Projekte von Johannesburg ist die Absicht, das Kapitel 4 der Agenda 21 von Rio de Janeiro zum Leben zu erwecken und regelmäßig z.B. alle zehn Jahre den Fortschritt zu überprüfen. Das Kapitel heißt: »Sustainable Production and Consumption«. Die Nachhaltigkeit der Produktion hatte nach Rio einige Fortschritte gemacht. Aber beim Konsum lief es umgekehrt. Luxusgüter hatten Konjunktur. Bescheidenheit gab es nur noch dort, wo die materielle Not nichts anderes erlaubte.

Was war geschehen? Ich behaupte, dass die Welt nach Rio in den mächtigen Sog eines neuen Paradigmas geraten ist. Man hat ihm den Namen Globalisierung gegeben. Das Wort Globalisierung ist neu. Es ist erstmals 1993, ein Jahr nach Rio, in der deutschen Presse aufgetaucht, ähnlich in den Sprachen und Medien anderer Länder. Globalisierung bedeutete in der Praxis eine nicht dagewesene Verschärfung des internationalen Kostenwettbewerbs. Wer sich am Markt behaupten wollte, musste unerhört scharf kalkulieren. Die Staaten mussten, ob sie wollten oder nicht, in einen Wettbewerb der Steuersenkungen für das Kapital und die Wirtschaft eintreten. Die OECD nannte es schließlich einen schädlichen Steuerwettbewerb.

Es gab viele Gewinner der Globalisierung. Nicht nur in der Wirtschaft und der New Economy. Verbraucher genießen stabile Preise, Bürokratien wurden verschlankt, demokratische Bewegungen in vormals autoritären Ländern erreichten ihre Ziele. Und auch die weltweite Verbreitung mancher Umwelttechnologien machte Fortschritte. Aber: Der Abstand zwischen Arm und Reich riss weiter auf. Amerikanische Managergehälter plus Stock Options und Start-up-Millionäre auf der einen Seite, Verelendung in Afrika und schließlich sogar in den Tigerstaaten auf der anderen. Wer es hat, der zeigt es auch. Und wer es nicht hat, der empfindet sustainable consumption als Hohn.

Für *langfristige* Dinge wie den nachhaltigen Konsum, den Klimaschutz oder den Verlust der Biologischen Vielfalt sind das schlechte Zeiten. Auch der Staat kann's nicht richten. Hier fehlt allenthalben das Geld. Weltweit ist die staatliche Entwicklungshilfe im OECD-Durchschnitt von 0,45% des Bruttosozialprodukts auf klägliche 0,22% geschrumpft.

Seit Johannesburg scheint es wieder aufwärts zu gehen; und auch die Privatinvestoren schöpfen wieder Mut, sogar in afrikanischen Ländern

Aber der finanzielle Spielraum der OECD-Staaten bleibt eng. Das liegt auch am Älterwerden der Gesellschaft. Wobei man über das »Älterwerden« nicht klagen soll: Es ist die unver-

meidliche Begleiterscheinung der unausweichlichen demographischen Nachhaltigkeit!

Halten wir jedenfalls fest: In einem äußerst schwierigen Umfeld ist der Weltgipfel von Johannesburg erfreulich positiv verlaufen. Ohne den Gipfel wäre wohl nicht einmal die Talsohle verlassen worden. Das hätte die ohnmächtige Wut vieler Entwicklungsländer weiter gesteigert. Es hätte den stillen Tod vieler tausend zusätzlicher Arten bedeutet. Und es hätte den Klimaschutz um viele weitere Jahre verschleppt, also wahrscheinlich noch mehr und noch schlimmere Überschwemmungen provoziert.

Wo liegen nun die Perspektiven?

Natürlich muss die Nachhaltige Entwicklung oben auf der Agenda bleiben. Die für Johannesburg entwickelte Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung mit ihrer starken Betonung der Ressourcenproduktivität muss umgesetzt werden. Die Preissignale für den Markt müssen das Wegrationalisieren von Energie und Rohstoffen profitabler und das von Arbeitsplätzen weniger rentabel machen.

Der Staat sollte sich verstärkt auf sein Kerngeschäft konzentrieren, wozu insbesondere der Schutz und Ausbau der Öffentlichen Güter gehört. Die Regelungstiefe und -dichte gehört reduziert – da hat die Wirtschaft recht. Aber das »läuft« politisch nur, wenn die Gesellschaft wieder einen selbstverständlichen Sinn für Solidarität, Gerechtigkeit und Langfristigkeit entwickelt. Die Medien dürfen das unverschämte zur Schau stellen von Reichtum nicht weiter pressen. Ellenbogenverhalten gehört gerügt, statt in Managerkursen kultiviert zu werden.

Die Entwicklungsländer müssen sich in »Good Governance« üben. Aber wir dürfen ihnen das nicht dauernd erschweren: Ihnen die Marktöffnung bis zum Kollaps heimischer Gewerbe aufzuzwingen und selber (EU und USA) mit absurden Agrarexportsubventionen die Weltmärkte voll stopfen.

Johannesburg war ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Besinnung, dass nicht alles so weiter laufen kann. Wir brauchen eine nachhaltige, mit international gültigen Regeln gesicherte Weltwirtschaft.



Edda Müller*

Politischer Gipfel und Gipfel der Zivilgesellschaft

21 340 Teilnehmer, darunter Delegierte aus 191 Nationen sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Wissenschaft – gemessen an diesen Zahlen war der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung von Johannesburg zweifellos ein Gipfel der Superlative. Für die immens breite Themenpalette von der Armutsbekämpfung über den Schutz der Biodiversität und die Auswirkungen der Globalisierung bis hin zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit – gilt das ebenso. Weniger rekordverdächtig sind die Ergebnisse des Gipfels. »Zum Abschluss ein Papier voller fauler Kompromisse« betitelte etwa »Spiegel Online« seinen Kommentar vom 4. September 2002; »... und heraus kam eine Maus«, lautete die Überschrift des Berliner Tagesspiegel am 5. September 2002.

Auch ich hätte mir in vielen Punkten weiter gehendere Verpflichtungen der Staatengemeinschaft gewünscht. Um das Erreichte angemessen beurteilen zu können, muss man sich aber die äußerst schwierige Verhandlungslage vergegenwärtigen. Ziel meines Beitrags ist es daher in erster Linie, einen Einblick in das komplexe Geflecht gegensätzlicher Interessen zu geben, innerhalb dessen die Suche nach einem Konsens stattfand. Nach einer kurzen Skizze der Rahmenbedingungen des Gipfels werde ich aus meiner Sicht einige Ergebnisse des Gipfels schlaglichtartig beleuchten, bevor ich meine eigene Einschätzung von Erfolg oder Misserfolg des Gipfels darlege.

Der Weltgipfel von Johannesburg war eigentlich ein doppelter Gipfel.

Zunächst war Johannesburg der Endpunkt eines politischen Verhandlungsmarathons, an dem Regierungen von 191 Staa-

ten seit eineinhalb Jahren beteiligt gewesen waren. Ergebnis der politischen Verhandlungen waren zwei Dokumente, die politische Erklärung der Staats- und Regierungschefs und der Aktionsplan, der konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Idee der Nachhaltigkeit in verschiedenen Politikfeldern enthält. Die beiden Abschlussdokumente des Gipfels sind im Internet unter <http://www.johannesburgsummit.org> zu finden. Sie verpflichten die unterzeichnenden Staaten zwar nicht rechtlich, aber politisch.

Zugleich war Johannesburg aber auch ein Weltgipfel der Zivilgesellschaft zum Thema »Nachhaltigkeit«. Umweltgruppen, Entwicklungshilfeorganisationen, Verbraucherverbände, Unternehmen, Wirtschaftsverbände und andere Gruppen und Institutionen trafen in Johannesburg zusammen, tauschten sich über ihre Sichtweisen des Leitbildes »Nachhaltigkeit« und über die Strategien zur Umsetzung dieses Leitbildes aus und entwickelten neue Allianzen. Ergebnis dieses zivilgesellschaftlichen Teils des Gipfels sind die sog. »Type II-Initiativen«, d.h. konkrete Projekte zur Verwirklichung der Idee der Nachhaltigkeit in einem bestimmten Bereich, bei denen Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen zusammenwirken.

Ergebnisse des Gipfels

Politische Erklärung von Johannesburg zur Nachhaltigen Entwicklung

Formal ist die politische Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Johannesburg zur Nachhaltigen Entwicklung das wichtigste Dokument des Gipfels. Inhaltlich bringt die politische Erklärung von Johannesburg jedoch kaum Neues gegenüber dem detaillierteren Aktionsplan. Die Erklärung ist sehr allgemein und unverbindlich formuliert und mutet den an deutsche Rechtstexte gewohnten Leser stellenweise recht salbungsvoll an. So hat etwa Absatz 37 der Erklärung unter der Überschrift »Making it Happen!« folgenden Wortlaut: »From the African continent, the Cradle of Humankind, we solemnly pledge to the peoples of the world, and the generations that will surely inherit this earth, that we are determined to ensure that our collective hope for sustainable development is realized.«

Stil und Inhalt der politischen Erklärung sind vor allem von der südafrikanischen Regierung geprägt, die als Gastgeberland der Konferenz den Entwurf der politischen Erklärung vorgelegt hat. Um Komplikationen zu vermeiden, wollte Südafrika die politische Erklärung erst zu dem Zeitpunkt in die Verhandlungen einbringen, in dem der Aktionsplan beschlossen war. Die Einigung über den Aktionsplan gelang erst am letzten Tag der Konferenz, erst dann wurde auch der Entwurf der politischen Erklärung vorgelegt, so dass eine vertiefte Diskussion hierüber nicht mehr stattfand.

* Prof. Dr. Edda Müller ist Vorsitzende des Verbraucherzentrale Bundesverbandes e.V. (vzbv).

Der eigentliche politische Konsens des Weltgipfels von Johannesburg findet sich daher eher im Aktionsplan als in der politischen Erklärung. Dementsprechend wird auch nicht erwartet, dass die politische Erklärung große eigenständige Bedeutung gegenüber dem Aktionsplan erlangen wird. Bei der Vorgängerkonferenz des Weltgipfels in Rio de Janeiro im Jahr 1992 war dies noch anders gewesen. Die Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung hat einige wichtige Prinzipien der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik etabliert wie den Vorsorgeansatz oder das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortungen. Diese Prinzipien haben im Nachgang zu Rio in viele internationale Abkommen Eingang gefunden. In Johannesburg dagegen wäre eine Einigung über solche grundlegenden konzeptionellen Neuerungen kaum denkbar gewesen.

Aktionsplan

Ziel des Aktionsplans

Konkretere politische Verpflichtungen zur Umsetzung der Idee der Nachhaltigkeit enthält der »Plan of Implementation« oder Aktionsplan. Im Vergleich zu der 1992 in Rio de Janeiro beschlossenen Agenda 21 lässt sich feststellen, dass sich die Themenpalette seit 1992 erheblich erweitert hat. Während in Rio de Janeiro die Themen Umwelt und Entwicklung als unterschiedliche, aber gleichwertige Seiten der nachhaltigen Entwicklung behandelt wurden, war das Thema Umwelt in Johannesburg nur noch eines unter vielen. Themen wie Armutsbekämpfung, AIDS oder Globalisierung waren für viele Staaten dringender als Umweltschutz. Allerdings sind Umweltaspekte nicht schlechthin weniger wichtig geworden, sondern sie sind zunehmend integraler Bestandteil anderer Politikbereiche geworden. So ist etwa der Abbau von Subventionen für nicht nachhaltige Wirtschaftsweisen sowohl für faire Marktchancen auf dem Weltmarkt wie auch für den Schutz der Umwelt von Bedeutung.

Ziel des Aktionsplans war es, das Thema »Nachhaltigkeit« zu konkreten Zeitzielen und Maßnahmen zu verdichten. Die Agenda 21 war in vielen Punkten bei allgemeinen Beschreibungen des angestrebten Zustandes stehen geblieben; dementsprechend ernüchternd fiel auch die Bilanz der Umsetzung der Rio-Beschlüsse aus, die die Vereinten Nationen 1997 bei der Konferenz »Rio + 5« zogen. Allerdings gelang es auch in Johannesburg nur teilweise, die politischen Maßnahmen und die Verantwortlichkeiten konkreter benennen. Zu manchen wichtigen Fragen wie etwa zum Ausbau der regenerativen Energiequellen wurde zwar ein konkretes Ziel angestrebt, eine Einigung kam aber wegen des Widerstandes verschiedener Interessengruppen nicht zustande.

Interessengruppen

Vereinfacht gesagt, standen sich in Johannesburg drei Interessengruppen gegenüber, nämlich die JUSCANNZ (Japan, USA, Kanada, Australien und Neuseeland), die G 77 (Entwicklungsländer), die in der Regel zusammen mit China auftraten, und die EU.

Die Gruppe der JUSCANNZ, innerhalb derer die USA das größte Gewicht hatten, wollte multilaterale Vereinbarungen für das Ziel einer Nachhaltigen Entwicklung generell möglichst vermeiden. Bei der Vorbereitungskonferenz in Bali im Mai 2002 waren die USA noch mit der Verhandlungsposition angetreten, dass der Aktionsplan keine zahlenmäßig festgelegte zeitliche oder quantitative Ziele enthalten dürfe. Ein Blick in den jetzt beschlossenen Aktionsplan zeigt, dass gegenüber dieser Blockadehaltung der USA durchaus Fortschritte erzielt worden sind.

Im Verhältnis zwischen den G 77 plus China einerseits und den Industriestaaten (EU und JUSCANNZ) andererseits war die Interessenlage die eines klassischen Nord-Süd-Konflikts. Die G 77 plus China forderten Marktzugang für Produkte aus dem Süden, Technologietransfer und einen massiven Abbau von Subventionen im Norden, besonders im Agrarbereich. Ein besonderer Streitpunkt war die Finanzierung der Entwicklungsarbeit. Hierzu gibt es mit den Monterrey-Erklärungen inzwischen eine Vereinbarung (<http://www.un.org/esa/ffd/0302finalMonterreyConsensus.pdf>), die aber vielen Entwicklungsländern noch nicht reichte. Die USA und z.T. auch die EU wehrten sich wiederum dagegen, dass in Johannesburg Monterrey neu verhandelt wurde.

Die Gruppe der EU-Staaten war in Johannesburg diejenige, die sich am stärksten für hohe Schutzstandards für Umwelt, Verbraucherschutz und Soziales einsetzte. Damit sah sie sich jedoch häufig einer Ablehnungsfront aus G 77 und den JUSCANNZ gegenüber. Die USA und die übrigen JUSCANNZ-Staaten lehnten multilaterale Verpflichtungen zum Schutz von Umwelt oder Sozialstandards als unerwünschte Einflussnahmen der internationalen Staatengemeinschaft auf ihre nationale Politik grundsätzlich ab. Die Entwicklungsländer befürchteten von anspruchsvollen Schutzziele für Umwelt oder Sozialstandards zusätzliche Handelshemmnisse. Teilweise gelang es der EU, den G 77-Staaten zu verdeutlichen, dass die Forderungen der EU auch im Interesse der Entwicklungsländer waren. Oft setzten sich aber auch innerhalb der G 77 diejenigen Staaten durch, die klare eigennützige Motive gegen eine internationale Politik der Nachhaltigkeit hatten, so insbesondere die OPEC-Staaten in den Fragen der nachhaltigen Energienutzung.

Ergebnisse im Bereich nachhaltiger Produktions- und Konsummuster

Ich will gar nicht versuchen, in diesem kurzen Beitrag die Ergebnisse des Gipfels umfassend zu würdigen, son-

dern möchte exemplarisch die Ergebnisse zu nachhaltigen Produktions- und Konsummustern herausgreifen. Dieser Themenbereich stand zwar bei der Berichterstattung über den Gipfel nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Veränderung der bestehenden Produktions- und Konsummuster ist aber gerade für die Industriestaaten eine zentrale Aufgabe im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte. Es ist hinreichend bekannt, dass das gegenwärtige Wohlstandsmodell der industrialisierten Staaten nicht als Vorbild für die Entwicklung der gesamten Welt dienen kann. Die Industriestaaten sind daher gefordert, bei der Entwicklung von Modellen für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Die zentrale Forderung der Verbraucher- und Umweltorganisationen zu Fragen des Konsums ging dahin, dass in Johannesburg die Erstellung eines internationalen 10-Jahresprogramms zur Entwicklung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster beschlossen werden sollte. Diese Forderung wurde von der EU in den Verhandlungen vertreten; die USA lehnten eine internationale Verpflichtung dagegen ab und setzten sich dafür ein, dass nur nationale Programme zum nachhaltigen Konsum aufgestellt werden sollten. Damit wäre jedoch dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung kaum genützt. Nur durch die Verpflichtung auf ein internationales Arbeitsprogramm wird der internationale Diskussionsprozess zur Veränderung der Konsum- und Produktionsmuster in der erforderlichen Weise verstetigt, und es entsteht für die beteiligten Staaten der für eine Problemlösung nötige Einigungsdruck.

Die Kompromissformel, auf die man sich schließlich einigte, sieht weder ein internationales noch ein nationales Programm vor, sondern ein »10 year framework of programmes in support of regional and national initiatives«. Außerdem sagt der Aktionsplan nicht definitiv, dass das Programm aufgestellt werden soll (»develop«), sondern nur, dass die Aufstellung des Programms unterstützt und gefördert (»encourage and promote«) werden soll. Immerhin ist aber gesichert, dass es ein internationales Forum für Fragen des nachhaltigen Konsums geben und dass in 10 Jahren Bilanz gezogen werden wird, was in diesem Bereich erreicht worden ist. Es wird nun darauf ankommen, eine sinnvolle institutionelle Struktur für die weiteren Aktivitäten auf internationaler Ebene zum Thema »Nachhaltiger Konsum« zu finden. Etablierte internationale Organisationen wie UNEP sollten dabei die tragende Rolle spielen.

Zwei weitere Ergebnisse des Gipfels mit Bedeutung für Verbraucher möchte ich hier nur kurz anreißen:

Der Anteil der Menschen ohne Zugang zu sanitärer Grundversorgung, insbesondere Abwasserentsorgung, und zu un-

bedenklichem Trinkwasser soll bis 2015 halbiert werden. Diese Zielsetzung wird mit einem konkreten Aktionsprogramm umgesetzt werden. Damit soll u.a. verhindert werden, dass weiterhin täglich etwa 6000 Menschen an den Auswirkungen verschmutzten Trinkwassers sterben.

Der Anteil erneuerbarer Energien an der gesamten Energieversorgung soll weltweit deutlich erhöht und die Umsetzung dieses Ziels als Vorgabe in den kommenden Jahren regelmäßig überprüft werden. Die Festlegung eines konkreten Zeitziels ist am Widerstand insbesondere der USA, Japans und der OPEC gescheitert. Einigkeit wurde darüber erzielt, vor allem den Menschen in Entwicklungsländern den Zugang zu Energie zu erleichtern. Derzeit leben noch etwa zwei Milliarden Menschen vor allem in ländlichen Regionen der Entwicklungsländer ohne Stromanschluss.

Projektpartnerschaften der Zivilgesellschaft

Im Vorfeld des Gipfels hatten die USA versucht, freiwillige und einzelfallbezogene Projektpartnerschaften an die Stelle des politischen Verhandlungsprozesses zu setzen. Schon bei den vorbereitenden Konferenzen setzte sich indes die von der EU vertretene Auffassung durch, dass Projektpartnerschaften sinnvolle Ergänzungen des politischen Verhandlungsprozesses sein können, dass aber multilaterale Verpflichtungen der Staatengemeinschaft unverzichtbar bleiben.

Auch nach dem Gipfel ist eine generelle Aussage schwierig, welchen Beitrag die Type II-Partnerschaften zum Ziel der Nachhaltigen Entwicklung leisten können. Wertvoll kann der Austausch zwischen Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen (Zivilgesellschaft, Unternehmen, Behörden) sein, der neue und konkrete Ideen zur Umsetzung der Idee der Nachhaltigkeit hervorbringen kann. Auch der Verbraucherzentrale Bundesverband hat in Johannesburg zusammen mit UNEP und UNESCO und weiteren Organisationen eine Type II-Partnerschaft präsentiert. Diese Partnerschaft hat zum Ziel, eine Internetplattform für nachhaltigen Konsum aufzubauen, mit deren Hilfe sich Jugendliche weltweit über Fragen von Konsum, kulturelle Lebensformen und Nachhaltigkeit austauschen können. Der Online-Dialog soll sich in erster Linie auf die Website www.yomag.net stützen, das bereits bestehende europäische Online-Magazin für junge Verbraucher.

Andererseits kann auch jetzt nicht das Risiko geleugnet werden, dass durch Type II-Initiativen von Versäumnissen der staatlichen Politik abgelenkt werden soll. Dies besonders deswegen, weil es nicht gelungen ist, Kriterien für die Anerkennung von Type II-Partnerschaften festzulegen oder den Erfolg einer Type II-Partnerschaft durch Monitoring nachvollziehbar zu machen.

Wie sinnvoll ist ein Weltgipfel?

Es steht außer Zweifel, dass für eine entscheidende Trendwende in Richtung Nachhaltigkeit andere, sehr viel weiter reichende Verpflichtungen der Staatengemeinschaft erforderlich gewesen wären. Es ist bitter, dass sich aus unterschiedlichen Gründen viele Staaten weigern, die Zukunftsfragen der Welt anzugehen; die globalen Konsequenzen dieser Haltung werden uns und mehr noch die zukünftigen Generationen hart treffen.

Es wäre aber meiner Meinung nach ein Fehler, die Schuld daran dem Gipfel selbst zu geben. Denn ohne den Gipfel wären wir mit Sicherheit nicht weiter. Wir hätten dann nicht einmal die jetzt beschlossenen Zielvorgaben des Aktionsplans, an denen sich die internationale und nationale Politik der kommenden Jahre wird messen lassen müssen. Wir hätten auch nicht die konkreten Projekte von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Verwirklichung der Idee der Nachhaltigkeit. Schließlich sollte auch eines nicht unterschätzt werden: Der Gipfel hat den Zukunftsfragen der Menschheit ein weltweites Forum geboten. Wo eine Einigung nicht möglich war, ist zumindest deutlich geworden, wer sich aus welchen Gründen einer solchen Einigung widersetzt. In einer Welt, die immer enger zusammenrückt, ist es auf die Dauer nicht leicht möglich, sich in wichtigen Fragen einem vernünftigen Kompromiss zu verweigern. Um einen solchen Kompromiss zu erzielen, müssen die verschiedenen Interessengruppen an einen Tisch gebracht werden, und dafür bot der Weltgipfel eine prominente Gelegenheit.

Berechtigt ist allerdings die Frage, ob für die Zukunft ein Gipfel »Johannesburg + 10« mit demselben enormen thematischen Umfang der beste Weg ist, die Entwicklung der Welt in nachhaltige Bahnen zu lenken. Der Vorteil einer groß angelegten Konferenz besteht darin, dass zusammenhängende, aber in unterschiedlichen Politikbereichen angesiedelte Themenfelder hier in Zusammenhang behandelt werden können. Dies allerdings nur mit dem Risiko, dass die Dinge unüberschaubar komplex werden. Daher müssten vor einer weiteren »Mega-Konferenz« nach dem Vorbild von Johannesburg Einzelthemen weitreichend vorgeklärt werden, damit der Zwang zur Einigung nicht bis zum Gipfel selbst aufgeschoben wird. Die Erfahrung mit den vorbereitenden Konferenzen von Johannesburg stimmt allerdings skeptisch, ob eine Vorklärung vor dem eigentlichen Gipfel gelingen kann.

Eine weitere Frage ist die, ob die in Johannesburg versammelten Regierungsvertreter in Zukunft überhaupt die alleinigen Akteure einer solchen Konferenz sein können. Bereits jetzt übersteigt die wirtschaftliche Macht einzelner Unternehmen diejenige vieler Staaten. Daher muss in Zukunft überlegt werden, wie diese Unternehmen in

internationale Verhandlungen eingebunden werden können, so dass sie der aus ihrer wirtschaftlichen Macht folgenden Verantwortung gerecht werden müssen.